



## Antifaschismus in der westlichen Provinz

### Prozesse gegen wehrhafte junge GenossInnen

Hannah/OG Hannover

Im Sommer 2015 werden im niedersächsischen Bückeburg Sammelprozesse gegen junge AktivistInnen stattfinden. Die Anlässe für die Verfahren stammen meist aus den Jahren ab 2012/13. In dieser Zeit hatten massive

Übergriffe von Faschisten auf AntifaschistInnen stattgefunden, wogegen diese sich zur Wehr gesetzt hatten.

**B**ückeburg ist ein kleines Städtchen, etwa zwischen Hannover und Minden im Landkreis Schaumburg gelegen. Die Stadt war längst eine Hochburg der NSDAP, als die Fa-

schisten 1933 die Macht übernahmen. In Bückeburg repräsentierte die NSDAP die Stadtgesellschaft, auf den vorderen Listenplätzen bei Wahlen rangierten Honoratioren der Stadt. So genannte Volksfeinde wie JüdInnen oder KommunistInnen wurden von Anfang an brutal bekämpft.

Währenddessen feierten Partei und Bevölkerung beim Reichserntedankfest



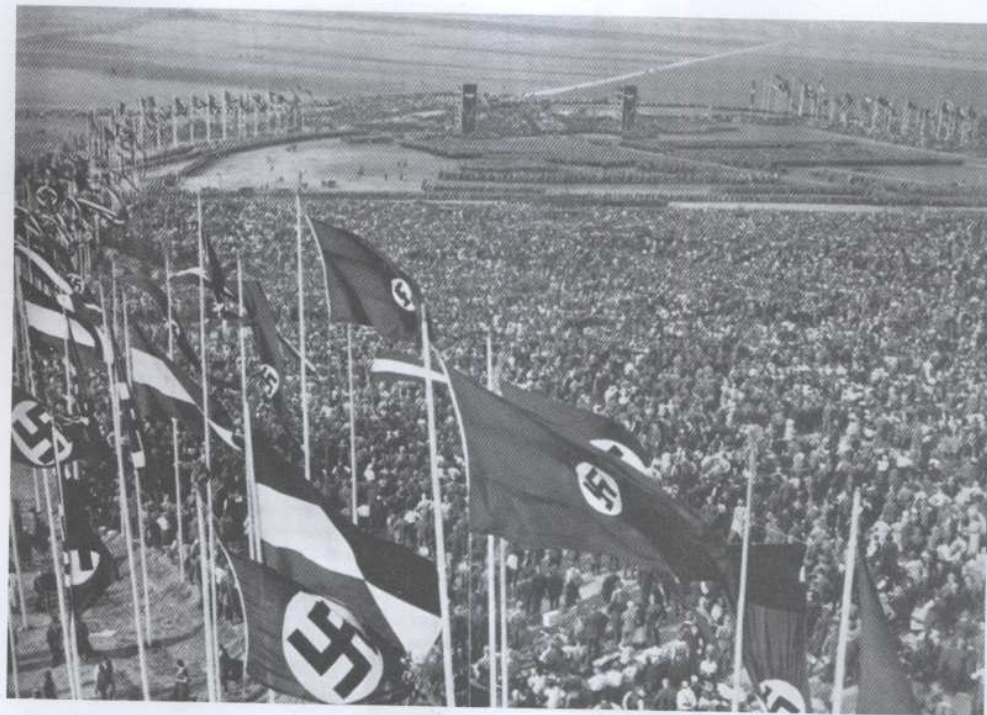
gleich nebenan die neue „Volksgemeinschaft“. Diese umgangssprachlich auch „Bückebergfest“ genannte Veranstaltung war eines der drei größten Massenfeste der Faschisten, unter Einbeziehung großer Teile der Bevölkerung vor allem aus der Region. Neben der Festigung des Führerkults und der Formierung der Volksgemeinschaft war mit dem Fest eine Übung der Reichswehr verbunden – die örtliche Zeitung sprach von der „Schlacht der Zukunft“ – und damit die Vorbereitung auf den Krieg.

Bis heute erinnert ein Großteil der Einheimischen das Bückebergfest als fröhliches Volksfest. Auch ansonsten ist von einer Auseinandersetzung mit der Zeit des Faschismus in Bückeberg wenig zu spüren.

### Neofaschistische Organisierung

Das Unvermögen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, zieht sich bis heute hin und hat direkte Auswirkungen. Die Organisationsansätze von FaschistInnen blieben jahrelang recht unbehelligt. Alte Kader trafen sich zu Schulungen im nahe gelegenen „Collegium Humanum“, welches 2008 verboten wurde; ihren Einfluss in der Umgebung verloren sie nicht. Unter verschiedenen Namen konnten sich faschistische Gruppen entfalten. „In den 1970er und 1980er Jahren waren es vor allem JN- und NPD-Strukturen, die in der Öffentlichkeit ein gewalttätiges Straßenbild prägten, in den Jahren 2000 bis 2007 vor allem freie Kameradschaften, die AntifaschistInnen und Andersdenkende bedrohten, verprügelten oder sogar entführten.“<sup>1</sup>

In einer Broschüre der IG Metall heißt es: „Die Szene hat aufgrund ihrer hohen Gewaltaffinität bereits mehrfach (...) für Schlagzeilen gesorgt. Verurteilungen gab es auf Grund verschiedener, mitunter qualifizierter Körperverletzungsdelikte, Freiheitsberaubung und Volksverhetzung.“<sup>2</sup> All das bleibt auch nach 2007 so: „Offen



Reichserntedankfest, auch „Bückebergfest“ genannt

auf tretende Neonazis gehören auf Schützenfesten und in Dorfdiskos zum normalen Bild, an dem sich nur selten jemand stört. Entsprechend einfach fällt es dem ‚Nationalen Widerstand‘, neue AnhängerInnen zu rekrutieren.“<sup>3</sup>

### Alltäglicher Terror

Eine rechte Szene begann in der Gegend zu dominieren und andersdenkende Jugendliche wurden in und nach der Schule bedroht; vor allem in Bückeberg selbst gelang es den Faschisten, eine „Vormachtstellung“ auszubauen. Im Jahr 2011 gründeten sie dann die „Autonomen Nationalisten Bückeberg“, die ihre Aktionen mit steigender Heftigkeit und Häufigkeit fortsetzten. Die Broschüre der IG Metall listet von August 2010 bis Januar 2012 über 50 Vorfälle auf, vor allem direkte Angriffe, vor allem auf AntifaschistInnen.<sup>4</sup>

Die Chronik beginnt mit einem Angriff gegen einen Antifaschisten auf offener Strasse in Bückeberg, wobei der Angegriffene so schwer verletzt wird, dass er im Krankenhaus behandelt werden muss. Solche schweren Angriffe wiederholen sich in der folgenden Zeit regelmäßig. Noch der vorletzte Eintrag in der Chronik verzeichnet einen ebensolchen Angriff, wobei der angegriffene Jugendliche etwas glimpflicher davorkommt. Bezeichnend ist, dass die alarmierte Polizei nicht erscheint.

Auf jeder Ebene war der Alltag von jungen AntifaschistInnen in Bückeberg geprägt von Bedrohungen seitens der Faschisten. Schon Anfang Dezember 2010 fanden sie Morddrohungen in ihren Briefkästen: Trauerschleifen und Werbung für ein Bestattungsunternehmen, in denen das Wort „Hausbesuche“ handschriftlich hervorgehoben wurde. Wiederholt gab es telefonische Drohanrufe, die Faschisten ließen keinen Zweifel daran, dass sie die Adressen ihrer erklärten GegnerInnen kannten und suchten diese einzuschüch-

1 AIB 103/2.2014

2 Rechte Gewalt in und um Bückeberg, Broschüre, IG Metall Nienburg-Stadthagen (Hsg.), siehe auch: <http://copyandpaste.blogspot.de/chronik/>

3 AIB 79/2.2008

4 Rechte Gewalt in und um Bückeberg





Stahlkugeln gegen Antifa

tern. In der Stadt und den Nachbargemeinden führen die Faschisten monatelang und regelmäßig Streife und machten Jagd auf AntifaschistInnen. Wohnhäuser wurden mit Stahlkugeln beschossen und Autos demoliert. Trotz Notruf schickte die Polizei bei den Übergriffen auf Wohnhäuser meist nicht einmal einen Streifenwagen zum Ort des Geschehens, geschweige denn, dass sie sich um Beweissicherung bemühte.

„Bei einem weiteren Vorfall wird ein junger Mann, der von den Nazis der linken Szene zugerechnet wird, nach dem Aussteigen aus seinem Auto von einer Gruppe Rechter entdeckt und gejagt. Nach Schilderung des jungen Mannes weigert sich die von einer Passantin alarmierte Polizei nach dem PKW in der Nähe zu schauen, obwohl der Gejagte sich aus nachvollziehbaren Gründen um sein Auto sorgt. Kurze Zeit

später stellt sich heraus, dass die Befürchtungen nicht grundlos waren, der Wagen ist stark demoliert. Die Beamten können hier jedoch keinen Zusammenhang zum vorangegangenen Geschehen erkennen und gehen nach Aussage des Betroffenen von zufälligem Vandalismus aus“ – so ein auch ansonsten erstaunlich klarer Artikel auf *Zeit online*.<sup>5</sup>

### Rosen auf den Weg gestreut...

„Konkreter Fall ist derzeit, dass DNA-Proben von Jugendlichen gemacht werden sollen, die aufgrund von Gerüchten der Nazis angeblich an einem Angriff gegen Nazis beteiligt gewesen sein sollen. Die Polizei geht rigoros gegen Antifas und Leute, die sich wehren, vor.“<sup>6</sup> So beklagten AntifaschistInnen 2002 den Umgang der Polizei mit faschistischen Übergriffen, womit schon damals die Haltung der Staatsmacht genau bezeichnet ist. Die wenigen eingeleiteten Verfahren gegen Faschisten wurden durch die Staats-

anwaltschaft oft mit der Begründung eines zu hohen polizeilichen Ermittlungsaufwands, die Täter festzustellen, eingestellt. Auf der Polizeiwache war es Usus davon abzuraten, nach Übergriffen eine Anzeige zu erstatten.

Auf diese Weise wurde die Innenstadt zu einer „No Go Area“ für viele Jugendliche. Gingen sie vor ihre Haustür, mussten sie ständig mit tätlichen Übergriffen rechnen. Zur Unterstützung organisierten sie Demonstrationen und versuchten auf vielfältige Weise Öffentlichkeit herzustellen, woraufhin es auch zu Versprechungen auf Unterstützung kam. Allein, die VertreterInnen der Politik hatten sich wohl nur versprochen, es änderte sich nichts, denn: „Der Bückeberger Bürgermeister

Reiner Brombach und die Polizei hingegen nehmen das Problem Medienberichten zu folge deutlich anders war, als die von den Nazi-Angriffen betroffenen Jugendlichen. So ist in der *Schaumburger Zeitung* die Rede von ‚Ausschreitungen zwischen linken und rechten Jugendlichen‘. In mehreren Veröffentlichungen wird betont, dass die Rechten höchstens anpolitisiert seien und eine gefestigte Szene nicht existiere. Organisierte Neonazis kämen indes nur von außen (aus den Regionen Hannover und Ostwestfalen) nach Bückeberg, gewissermaßen angelockt von den linken AktivistInnen. Auch betont die Polizei, dass nicht alle von den Betroffenen der rechten Gewalt genannten Angriffe nachgewiesen seien, die Polizei geht von der Möglichkeit einer ‚bewussten Legendenbildung‘ aus. Mit solchen Argumentationen werden aus Opfern zwar nicht direkt Täter, aber doch Mitschuldige gemacht.“<sup>7</sup>

Und unübertroffen deutlich laut *Schaumburger Zeitung* vom 29. Januar 2011: „Derzeit gebe es keine rechts-extreme Szene im eigentlichen Sinn in Bückeberg.“<sup>8</sup> In der Folge ermittelten die Beamten so „schlampig“, dass auch schwere Körperverletzungen seitens der Faschisten vor Gericht mit einem Freispruch endeten.<sup>9</sup>

Ein weiterer Vorfall verdeutlicht die Stimmung: „Im Juni 2012 wurde SchülerInnen der Herderschule in Bückeberg der von ihrer Politiklehrerin angeforderte Polizeischutz verwehrt. Etwa 20 Neonazis, verumumt mit weißen Masken, störten daraufhin eine Aktion, bei der faschistische Propaganda mit antirassistischen Slogans übermalt wurde. SchülerInnen und Lehrerin wurden dabei bedroht und gefilmt. Nach Anfragen der Presse zur Bedrohungssituation erschien folgendes Statement der Polizei in der *Schaumburger Zeitung*: ‚Überhaupt ist Kommissariatsleiter Werner Steding der Meinung, dass diese denkbar

7 Zeit online am 6. April 2011

8 Schaumburger Zeitung, 29. Januar 2011

9 Schaumburger Nachrichten Online am 17. Februar 2012



harmlosen Botschaften nicht zur Deeskalation der Lage beitragen, da dadurch neue Angriffe aus der rechten Szene provoziert werden. Auch den Straftatbestand der Einschüchterungsversuche sieht Steding nicht gegeben. Der Neonazi-Auftritt sei als eine spontane Demonstration auf öffentlichem Grund zu bewerten. Einen Verstoß gegen das Vermummungsgesetz will er ebenfalls nicht feststellen können, da »Maskerade« bei »friedlichem Protest« toleriert werde. Ein Beispiel dafür seien die Aktionen gegen den Castor-Transport.“<sup>10</sup>

„So gelang es Polizei und Stadtrat eine Solidarität und einen breiteren antifaschistischen Konsens zu vereiteln. Innerhalb der rechten Szene wurde Bückeberg währenddessen so attraktiv, dass Neonazis aus anderen Regionen hinzuzogen. Der Druck auf linke Jugendliche wuchs weiter“, heißt es in dem Aufruf zur Demonstration.<sup>11</sup>

### Let's get physical

Ab 2012 dann organisierten sich die jungen AntifaschistInnen und setzten sich zur Wehr. Sie wollten und konnten die massiven Einschränkungen ihres Alltags nicht mehr hinnehmen. Und sie hatten Erfolg: Die Übergriffe der Faschisten gingen deutlich zurück, ihre Präsenz auf der Straße nahm ab, ihr Einfluss auf andere Jugendliche schwand.

Nun reagierten Stadt und Polizei mit überraschender Eindeutigkeit. Als es für AntifaschistInnen langsam möglich war, überhaupt wieder in die Stadt zu gehen, auch wenn sie nach wie vor darauf achten mussten, möglichst nicht alleine zu sein, änderte sich mit einem mal die Gefahrenlage für sie. Nun waren es nicht mehr Faschisten, die mit ihren Autos neben ihnen herfuhren und sie verfolgten, es waren Zivilstreifen, die sie auf Schritt und Tritt begleiteten. Kontrollen in jeder erdenklichen Situation, oft aus heiterem Himmel, prägten nun den Alltag. Beim herbstlichen



Spaziergang wurden schon mal Handschuhe, Mützen, Schals und ähnliches – Pfefferspray sowieso – beschlagnahmt. Am Polizeikommissariat in Bückeberg wurde eine so genannte „Besondere Aufbauorganisation“ (BAO) aus Beamten des Staatsschutzes und hinzugezogenen Beamten der Polizeiinspektion installiert.<sup>12</sup> Damit nicht genug, waren den gesamten Sommer 2013 über Hundertschaften abwechselnd aus Braunschweig, Hannover, Osnabrück und anderen Orten in der Kleinstadt stationiert, die gemeinsam mit der Hundestaffel aus Vechta drängten, die AntifaschistInnen zu drangsalierten.

### Alltäglicher Terror, die zweite Runde

Nicht verschwiegen werden soll, dass in dieser Zeit auch die Faschisten durchaus ein wenig von der Härte der Staatsmacht zu spüren bekamen, etwa durch Platzverweise oder Geldbußen. „Staatsanwalt Günter Wilkening sieht in dem Konflikt ‚weniger eine politische Auseinandersetzung‘. Davon hätten die Gegner ‚sowieso keine Ahnung‘. Wilkening vergleicht die verfeindeten Lager eher mit ‚jugendlichen Banden‘, die sich ‚gegenseitig behelligen‘.<sup>13</sup> Die

Faschisten waren dabei immer schnell mit Anzeigen bei der Polizei vorstellig. Diese lobte die gute Kooperation sehr und beklagte die doch unbegründete Feindschaft der AntifaschistInnen ihnen gegenüber. So blieben die juristischen und sonstigen Folgen für Faschisten überschaubar, für AntifaschistInnen unkalkulierbar.

Anzeige

# KAZ

**Kommunistische Arbeiterzeitung** Nr. 350

**März 2015** 1,50 Euro

**Zum 70. Jahrestag der Befreiung!  
Der Sieg der Roten Armee muss  
uns Verpflichtung sein:  
Stoppt die Brandstifter!**

und weitere Artikel u.a.  
**100 Jahre „Der Hauptfeind steht im  
eigenen Land“**

---

erscheint vierteljährlich www.kaz-online.de

Einzelheft Euro 1,50 Redaktion der  
Kommunistischen  
Arbeiterzeitung

Jahresabo Euro 10,00 Reichstraße 8  
90408 Nürnberg

Tel/Fax: 0911-356913

gruppeKAZ@kaz-online.de

<sup>10</sup> Schaumburger Zeitung, 20. Juli 2012, zitiert nach: AIB 103/2.2014

<sup>11</sup> <http://antifasolibbg.noblogs.org>

<sup>12</sup> Schaumburger Nachrichten, 12. Januar 2013

<sup>13</sup> Schaumburger Nachrichten Online am 24. Juli 2013



## Schwerpunkt

Während dieser Zeit gab es überdies weiterhin Angriffe von Faschisten. Nur zwei Beispiele: Auf ein Auto mit einem Antifa-Aufkleber wurde ein Brandanschlag verübt, auch an dem nahestehenden Haus entstand erheblicher Sachschaden. Die Täter hinterließen ein Graffiti, mit welchem sie das Opfer verhöhnnten. Unweit davon entfernt lässt sich ebenfalls ein Graffiti auffinden, welches zum Mord an politischen Gegnern aufruft. Der Brand wird vom Staatsschutz nicht dem „Rechts-Links-Konflikt“ in Bückeburg zugeordnet, weil Brandstiftung nicht ins Muster passt ...

Drei Jugendliche mit Migrationshintergrund werden an der Jugendfreizeitstätte aus einem vorbei fahrenden Auto heraus mit Flaschen beworfen, die mit ausländischerfeindlichen Stickern beklebt sind. Die Jugendlichen kennen die drei Autoinsassen, Rechte, wie die Ermittlungen der Polizei ergeben. Die allerdings Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Opfer hat, da sich der Vorfall wie geschildert so nicht ereignet haben könne ...<sup>14</sup>

Die Behörden engagierten sich weiterhin vor allem gegen „links“: So war zum Beispiel das Tragen von T-Shirts mit der Aufschrift „FCK CPS“ zu verfolgen, welches durch das Amtsgericht Bückeburg unter Strafe gestellt wurde und es wurden – zum Teil im Nachhinein als unrechtmäßig festgestellte – Aufenthaltsverbote für das gesamte Stadtgebiet verhängt. Mit Hilfe der Schulleitung wurde auch an den Schulen die Kleiderordnung durchgesetzt: Ein T-Shirt mit der Aufschrift „Siempre Antifascista“, „von dem „jemand“ sich provoziert gefühlt habe, war Anlass dafür, den Träger an diesem Tag der Schule zu verweisen. Der Staatsschutz habe das angeraten, so die Leitung der Schule mit dem Prädikat „Schule gegen Rassismus“, vor deren Toren zu dieser Zeit regelmäßig die Polizei stand.

Doch auch rohere Einsätze gab es. Gab es Ansammlungen von Faschisten in der Stadt, wurden die AntifaschistInnen unter Polizeibegleitung zu der mittlerweile be-



stehenden Wohngemeinschaft eskortiert. Dort mussten sie ausharren, da behelme Polizei vor der Haustüre stand und niemandem von ihnen das Verlassen des Hauses mehr erlaubte. Wegen angeblicher Ruhestörung stürmten die Beamten letztlich noch die Wohnung. Alle „Auswärtigen“, die zum Teil aus den umliegenden Dörfern kamen, mussten sofort und zu Fuß die Stadt verlassen – trotz der angeblich so großen Gefahr durch die Faschisten, mit der sie vorher erst gezwungen worden waren, in der Wohnung zu bleiben.

Hausdurchsuchungen, auch bei Verwandten, gab es selbstverständlich auch noch. Und nach Angaben der Betroffenen diverse Misshandlungen von festgesetzten Personen durch Beamte. Die Vielzahl der Vorfälle ist auch hier nur beispielhaft vermerkt.

### Wie weiter?

Das beschreibt der Aufruf zu der diesjährigen Demonstration aus Anlass der bevorstehenden Prozesse gegen AntifaschistInnen: „Auch wenn die Intervention der Antifa-Zusammenhänge für mehr Sicherheit und Bewegungsfreiheit für alternative Jugendliche in Bückeburg sorgte, treten die Neonazis in Bückeburg nach wie vor in Erscheinung. Im letzten Jahr geschah dies allerdings nur noch in organisierten

Großgruppen. Bei diesen Anlässen versuchten sie gezielt AntifaschistInnen im öffentlichen Raum anzugreifen. Es besteht also noch jede Menge Handlungsbedarf, antifaschistischer Selbstschutz ist wichtig wie eh und je. Zudem kündigt sich für das Jahr 2015 nun eine weitere massive Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes vor dem Landgericht Bückeburg an. In mehreren Sammelprozessen, die voraussichtlich Ende März und im Juni stattfinden werden, sollen mehrere AntifaschistInnen ‚zur Verantwortung gezogen werden‘.“ ❖

### Solidarität ...

... braucht (auch) Geld. Spendet auf das Solikonto:

Informationszentrum e.V.

Kto-Nr.: 61 008 488

BLZ: 480 501 61

Stichwort: Bückeburg

### ► Weitere Informationen:

<http://antifasolibbg.noblogs.org/>

<http://copyandpaste.blogspot.de/>

<http://aab.blogspot.de/>

[http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/04/06/buckeburg-%E2%80%93-eine-niedersaechsische-kleinstadt-wird-zur-angstzone\\_6011](http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/04/06/buckeburg-%E2%80%93-eine-niedersaechsische-kleinstadt-wird-zur-angstzone_6011)

<sup>14</sup> Schaumburger Nachrichten, 12. Januar 2013

